

AUSGABE 3/2017

ROTE SEITEN

ALTONA



BLANKENESE
Einigung über die Umgestaltung des Blankeneser Marktplatzes Seite 3

HAMBURG BLUE DEVILS
Dank des Bezirks und Rise-Mitteln:
Der Traditionsclub Hamburg Blue Devils erhält eine neue Heimat Seite 4 - 5

KATHARINENHOF
Oder wer bremst den „talentierten“ Mr. B Seite 8 - 9

ALTONA ALTSTADT
KEBAP ist machbar! Seite 10 - 11

SEI DABEI – EHRENSACHE
Nachwuchswerbung für die Freiwilligen Feuerwehren Seite 12-13

Fotoquelle: fotolia.com

Reportage: Die Crux der Bürgerbeteiligung
Was man aus dem Trubel um den
Blankeneser Marktplatz lernen kann

Seite 14-17



EDITORIAL



Thomas Adrian

FRAKTIONS-VORSITZENDER

Liebe Altonaerinnen und liebe Altonaer,

2017 – was für ein Jahr! Es war eine politisch bewegte Zeit, nicht nur auf Bundesebene sondern auch im Bezirk Altona. Mit großem Anteil von Bürgerbeteiligung wurden Entscheidungen über den Radweg am Elbstrand und die Umgestaltung des Blankeneser Marktplatz gefällt. Die jahrelangen Auseinandersetzungen in Blankenese zwischen Arbeitskreis und Interessengemeinschaft haben viel Planungszeit und Nerven gekostet, aber nun ist eine Einigung gefunden. Es gilt jetzt mit einem gesunden Abstand auf die Prinzipien der Bürgerbeteiligung zu sehen und zu analysieren, wie diese verbessert und modifiziert werden können. Ella Knigge hat im Rahmen ihres Praktikums dazu einen ausführlichen Artikel für unsere Roten Seiten geschrieben, in dem sie jede Gruppe zu Wort kommen ließ und das Konzept der Bürgerbeteiligung kritisch bewertet.

Auch das Thema Katharinenhof hat uns über viele Jahre beschäftigt. In dieser Ausgabe berichten wir über den aktuellen Sachstand eines möglichen Rückkaufs des historischen Gebäudes.

Ich wünsche Ihnen im Namen der SPD frohe Festtage und einen guten Rutsch ins neue Jahr.

Viel Spaß beim Lesen der neuen Ausgabe unseres Newsletters!

Ihr

THEMEN, die Altona bewegen

Blankenese

Einigung über die Umgestaltung des Blankeneser Marktplatzes! S. 3

Hamburg Blue Devils

Dank des Bezirks und RISE-Mitteln: Der Traditionsclub Hamburg Blue Devils erhält eine neue Heimat S. 4 - 5

Ottenser Hauptstraße

Papierkörbe in der Ottenser Hauptstraße S. 6

Beschluss

der Bezirksversammlung am 2. November

Nächster Halt: Klein Flottbek - Botanischer Garten ...? ... Loki Schmidt? S. 6

UN-Behindertenrechtskonvention

Beirat für Menschen mit Behinderungen in Altona gegründet S. 7

Katharinenhof

Oder wer bremst den „talentierten“ Mr. B? S. 8 - 9

Demokratie leben

Ein Projekt für Altona zur besseren Integration S. 9

Altona Altstadt

KEBAP ist machbar S. 10 - 11

Sei dabei – Ehrensache

Nachwuchswerbung für die Freiwilligen Feuerwehren S. 12 - 13

Reportage: Die Crux der Bürgerbeteiligung

Was man aus dem Trubel um den Blankeneser Marktplatz lernen kann S. 14-17

Unsere Abgeordneten stellen sich vor – Teil I

Fragen an Ute Naujokat, Mithat Capar, Gregor Werner und Henrik Strate S. 18 - 19

Zu guter Letzt

Unsere Weihnachtsfeier S. 20

Impressum

Die „Roten Seiten“ sind der Newsletter der SPD-Fraktion Altona
www.spdfraktionaltona.de
Herausgeber und V.i.S.d.P.:
Alexander Hund, Fraktionsgeschäftsführer

Fraktionsgeschäftsstelle:
Max-Brauer-Allee 20, 22765 Hamburg
Tel.: 040 - 389 53 32
Fax: 040 - 38 61 56 43
info@spdfraktionaltona.de

Grafisches Konzept: Henrik Strate
Redaktionelle Bearbeitung und Layout:
Wolfgang Arnhold
Fotos: SPD-Fraktion, wenn nicht anders vermerkt



Blankenese

Einigung über die Umgestaltung des Blankeneser Marktplatzes

Nach den zähen Verhandlungen zum Thema „Umgestaltung des Blankeneser Ortskerns“ atmen nun erst einmal alle auf, denn ein Konsens ist gefunden. Die Bezirksversammlung konnte zwischen dem Arbeitskreis „Umgestaltung des Ortskerns Blankenese“ und der Interessengruppe „Rettet unseren Blankeneser Marktplatz“ vermitteln und so mit dem Bezirksamt zu einer Einigung kommen. Folglich ist das Bürgerbegehren der Interessengruppe beendet und die Planungen und Bauarbeiten können fortgeführt werden.



DER BLANKENESER MARKTPLATZ: ÜBER SEINE ZUKÜNFTIGE GESTALTUNG HERRSCHT NUN EINIGKEIT

Schon seit 2008 hatte die Bezirksversammlung ein dreistufiges Beteiligungsverfahren für die Bürgerinnen und Bürger eingeleitet, bei dem Stadtrundgänge, Workshops zahlreiche Bürgerversammlungen neben den öffentlichen Sitzungen der Fachausschüsse und der Bezirksversammlung auf dem Plan standen. Hierzu kam der oben genannte Arbeitskreis, der sich aus Institutionen und Vereinen Blankeneses sowie weiteren relevanten Akteuren zusammensetzte und als „Bindeglied zwischen Verwaltung und Politik“ fungierte.

Trotz dieser Bemühungen wurde die Interessengruppe „Rettet unseren Blankeneser Marktplatz“ und das gleichnamige Bürgerbegehren ins Leben gerufen, da sich viele Blankeneserinnen und Blankeneser nicht richtig verstanden und einbezogen fühlten. Sie äußerten Kritik an den Planungen und forderten eine Änderung derselben, wobei sich alle beteiligten Gruppen am 15. November 2017 nach langen Verhandlungen zu einem Kompromiss entschließen konnten.

Es wurde sich auf folgende Aspekte geeinigt:

Der Marktplatz wird nicht verkleinert und seine Grundstruktur der drei Plätze – Martinivorplatz, Marktplatz und Kirchenvorplatz – bleibt weiterhin erkennbar. Auch die Gestaltung einer „Mitte“ für den Marktplatz wurde aufgegriffen, wobei hier verständlicher Weise keine Behinderung für die Markthändler entstehen darf. Ein Vorschlag hierfür war zum Beispiel ein Fontänen-Feld.



AN DER ECKE PROBST-PAULSEN-STRASSE HATTEN DIE BAUARBEITEN BEREITS BEGONNEN.

Außerdem wurde sich für den Bodenbelag auf eine Alternative zum Klinkerbelag geeinigt und die Spitze der Grünfläche des Denkmals als klaren „Willkommenspunkt“ zum Ortskern festgelegt, bei dem die Querung für die Fußgängerinnen und Fußgänger erleichtert werden soll. Die Parkplätze in der Probst-Paulsen-Straße sowie im Mühlenberger Weg bleiben als Längsparkplätze bestehen und auch der Standort des Markthauses bleibt unverändert, wobei im Falle eines Neubaus die Grünflächen wiederhergestellt werden.

Somit wurden die Interessen des Bürgerbegehrens und Planungsbestände des Arbeitskreises aufeinander abgestimmt und die Bauarbeiten können wieder aufgenommen werden.

Ella Knigge

PRAKTIKANTIN SPD-FRAKTION ALTONA

EINE AUSFÜHRLICHE REPORTAGE ZUM THEMA BÜRGERBETEILIGUNG IST AUF DEN SEITEN 14 BIS 17 ZU FINDEN.



Hamburg Blue Devils:

Dank des Bezirkes und RISE-Mitteln: Der Traditionsclub Hamburg Blue Devils erhält eine neue Heimat

Bisher wurde die Sportanlage Kroonhorst in Osdorf von den Vereinen SV Osdorfer Born, SV Lurup, Inter Eidelstedt und dem FC Hamburger Berg genutzt. Die Sportanlage weist zur Zeit noch freie Kapazitäten für weitere Nutzungen auf und deshalb entstand die Idee, für die Blue Devils (HBD) hier eine geeignete Fläche herzurichten, da der Verein auf Grund einer fehlenden Heimat sehr unglücklich ist.

Auf der Sportanlage Hemmingstedter Weg stehen dem Verein derzeit witterungsabhängig zwei Naturrasenplätze zur Verfügung, auf denen auch die Jugend- und Damenmannschaften spielen und trainieren. Die HBD haben sich an das Bezirksamt Altona (Sportreferat) sowie an uns gewandt, um Unterstützung für einen Ausbau der Sportanlage Kroonhorst zu erhalten. (Siehe auch Beschluss der Bezirksversammlung Drucksache Nr.: 20-2493 vom 14. Juli 2016: „Den Hamburg Blue Devils endlich eine Heimat für den American Football bieten“)

Es ist geplant, die Sportanlage Kroonhorst entsprechend den aktuellen Bedarfen umzubauen. Es soll eine footballtaugliche Spielfläche entstehen, die eine ganzjährige Bespielbarkeit für alle HBD-Teams ermöglicht. Die westliche Spielfläche soll auf anderthalb Felder erweitert werden und einen Kunststoffrasenbelag mit einer passenden Spielfeldlinierung erhalten. Ein großer Vorteil des Kunststoffrasenbelags ist, dass im Vergleich zu Naturrasen keine Regenerationszeit benötigt wird, was



Fotoquelle: Freie und Hansestadt Hamburg, Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung

LUFTBILD: HIER SOLL DIE NEUE HEIMAT FÜR DIE BLUE DEVILS ENTSTEHEN:

eine optimale Platzauslastung ermöglicht. Zudem soll das Spielfeld mit einer Flutlichtanlage ausgestattet werden. Durch eine Flutlichtanlage kann der Platz künftig auch in Herbst- und Winterzeit in den Abendstunden genutzt werden.

Darüber hinaus sind als gesonderte Maßnahme neue Umkleide- und Sani-

tärräumlichkeiten sowie ergänzende Lagerräume geplant. Diese bilden die nötigen Ergänzungen, um den steigenden Bedarf abzudecken. Als Gebäudemodule werden Holzhäuser eingesetzt, die vorher als vorübergehende Unterkunft für Flüchtlinge genutzt wurden. Die Gesamtkosten belaufen sich auf ca. 80.000 bis 100.000 Euro und werden zusätzlich zur vorgenannten Maßnahme



HABEN LANGE GEMEINSAM FÜR DAS ZIEL GEKÄMPFT: ANDREAS BERNAU, SPORTPOLITISCHER SPRECHER DER BEZIRKSFRAKTION UND MAX VON GARNIER, EHEMALS QUARTERBACK DER BLUE DEVILS UND HEUTIGER VIZE-PRÄSIDENT FÜR SPORT & MARKETING BEI DEN BLAUEN TEUFELN.





Quelle der Abbildung: Hamburg Blue Devils

ENTWURF: SO KÖNNTE DIE NEUE ANLAGE FÜR DIE BLUE DEVILS AM OSDORFER BORN AUSSEHEN, LINKS IM BILD: DAS LOGO DES TRADITIONSVEREINS

zu 50 Prozent durch die HBD und das Bezirksamt Altona getragen. Mit der Umgestaltung der Sportanlage kann das bestehende Potential optimal genutzt und ausgeweitet werden. Es wird eine an den Bedarfen und Erfordernissen ausgerichtete Sportanlage auch für den Stadtteil entstehen. Gleichzeitig trägt die Aufwertung der Sportanlage zu einer Erhöhung der Attraktivität sowie einer positiven Wahrnehmung des Quartiers bei.

Der geplante normgerechte Kunststoffrasenplatz mit Übergröße bietet die Möglichkeit, alle Mannschaften der HBD wetterunabhängig an einem Standort zu beheimaten. Der Verein möchte sich mit der Verlagerung seines Spiel- und Trainingsbetriebs an den Osdorfer Born auch dem umliegenden Stadtteil öffnen und für die Kinder und Jugendlichen des Osdorfer Borns ein attraktives zusätzliches Sportangebot anbieten. Football ist in seiner Sportanlage ein ausgewiesener Teamsport, der aufgrund unterschiedlicher Spielertypen in einer Mannschaft, neben sozialen Schichten und Nationalitäten auch Menschen mit unterschiedlicher körperlicher Konstitution zusammen bringt.

Für die Zukunft ist geplant, dass der Verein sich mit öffentlichen Angeboten in den umliegenden Schulen mit Projekten engagiert. Durch das Programm „Kids in die Klubs“ können Jugendliche aus sozial schwächerem Umfeld aufgenommen werden. Der Verein stellt zudem Leih-ausrüstungen für Probetrainings zur Verfügung und verfügt bereits über entsprechende Kompetenzen und Erfahrungen zur Umsetzungen solcher Projekte.

Finanzierungsanteil RISE	350.000 Euro
Bezirksamt Altona	325.000 Euro
Hamburg Blue Devils	25.000 Euro
Bezirklicher Sportstättenbau	50.000 Euro
Anreiz- und Fördermittel der Bezirksversammlung Altona	50.000 Euro

SO WIRD DIE GESAMTMAßNAHME IN HÖHE VON 800.00 EURO FINANZIERT.

Mit den Austragungen der Spiele, die Eventcharakter haben, wird dem Stadtteil zudem ein zusätzliches Highlight geboten, welches unter anderen auch Besucherinnen und Besucher aus anderen Stadtgebieten in den Osdorfer Born zieht. Der Finanzierung des Umbaus erfolgt neben der beantragten RISE-Förderung über Mittel des Bezirks, des

Bezirklichen Sportstättenbau sowie Eigenmitteln des Vereins Hamburg Blue Devils e.V.. Die zuständige Baudienststelle hat im Kalenderjahr 2017 im Bezirk Hamburg-Nord ein nahezu identisches Projekt realisiert. Der dortige Kostenrahmen bildet die Planungs- und Beurteilungsgrundlage für die Maßnahme. Die Sportanlage befindet sich in der Zuständigkeit des Bezirks.

Durch die neue Heimat für die Blue Devils haben das Bezirksamt Altona, der Bezirkliche Sportstättenbau und unsere Bezirksfraktion den Grundstein für eine weitere Erfolgsgeschichte rund um den Sport in Altona gelegt. „GO BLUE“



Andreas Bernau

SPORTPOLITISCHER SPRECHER

bernauf@spdfraktionaltona.de



Ottenser Hauptstraße

Papierkörbe in der Ottenser Hauptstraße

Die Bezirksversammlung Altona hat auf unsere gemeinsame Initiative mit der Fraktion Die Grünen beschlossen, die Behörde für Umwelt und Energie zu bitten, die Stadtreinigung Hamburg mit dem Austausch der im Jahr 2007 in der Ottenser Hauptstraße verbauten neun Papierkörbe des Herstellers Dijkstra zu beauftragen.

Diese Papierkörbe alten Systems verschandeln seit langer Zeit das Bild der beliebten Einkaufsstraße und sorgen durch ständige Verstopfungen für starke Verunreinigungen im direkten Umfeld der Papierkörbe. Diese ersten unterirdischen Systeme haben ihre besten Zeiten hinter sich und es ist dringend notwendig, sie zu erneuern. Ein großes Problem waren hierbei die zu kleinen Einwurfmöglichkeiten. Daraus hat man seitens der Stadtreinigung Hamburg gelernt.

Moderne Systeme der neuesten Generation (BigBelly) wie in der Mönckebergstraße oder auf der Reeperbahn könnten dafür sorgen, auch in der Ottenser Hauptstraße ein verbessertes und saubereres Stadtbild zu schaffen. Die mit einem Solarpanel ausgestatteten Systeme verfügen über eine Pressvorrichtung im Inneren, sodass der



DIE ALTEN SYSTEME IN DER OTTENSER HAUPTSTRAßE (LINKES BILD) SOLLTEN DURCH MODERNE SYSTEME „BIGBELLY“ MIT PRESSVORRICHTUNGEN MIT PFANDREGALEN AUSGETAUSCHT WERDEN.



eingeworfene Müll verdichtet wird und es seltener zu komplett gefüllten Papierkörben kommt. Wenn möglich, sollen diese – wie zum Beispiel auch in der City, beispielsweise vor dem Hamburger Rathaus – mit Pfandregalen ausgestattet werden. Vor diesem Hintergrund hat die Bezirksfraktion im Rahmen der Bezirksversammlung am 2. November

2017 einen entsprechenden Antrag gestellt, um die Behörde für Umwelt und Energie zu bitten, die Stadtreinigung Hamburg mit dem Austausch der Systeme zu beauftragen.

Andreas Bernau

MITGLIED IM AUSSCHUSS FÜR UMWELT,
VERBRAUCHERSCHUTZ UND GESUNDHEIT
bernau@spdfraktionaltونا.de

Beschluss der Bezirksversammlung am 2. November 2017, (Drs.Nr.: 20-4093)

Nächster Halt: Klein Flottbek – Botanischer Garten ...? ...Loki Schmidt?

Die S-Bahnstation „Klein Flottbek – Botanischer Garten“ soll in Zukunft den Zusatz Loki Schmidt in der Ansage und in der Stationsbezeichnung erhalten.

Die Bezirksamtsleitung wurde deshalb auf unsere Initiative hin gebeten, hierzu Gespräche mit der Deutschen Bahn aufzunehmen. Somit soll die 2012 vollzogene Umbenennung des Botani-

schen Gartens in Klein-Flottbek in „Loki Schmidt Garten, Garten der Universität Hamburg“ auch im S-Bahnnetz der Freien und Hansestadt Hamburg nachvollzogen werden.



UN-Behindertenrechtskonvention

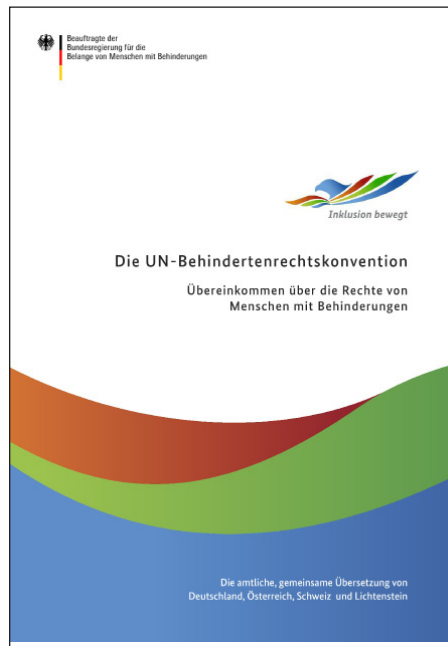
Beirat für Menschen mit Behinderungen in Altona gegründet

Bereits 2016 hatte sich der Sozialausschuss der Bezirksversammlung Altona auf den Weg gemacht, einen bezirklichen Beirat für Menschen mit Behinderungen ins Leben zu rufen. Zielsetzung dabei war und ist, die Interessen und Bedarfe von Menschen mit Behinderungen insbesondere bei den Themen Stadtentwicklung, Verkehr und baulichen Vorhaben auf Bezirkspolitischer Ebene besser zu berücksichtigen.

Nach Daten des Statistikamtes Nord leben rund acht Prozent der Menschen in Hamburg mit einer anerkannten Schwerbehinderung. Fast jeder vierte Mensch über 65 Jahre ist schwerbehindert. Grundlagen für die Einrichtung des bezirklichen Beirates für Menschen mit Behinderung sind die UN-Behindertenrechtskonvention sowie der Landesaktionsplan Hamburg.

Der Beirat soll zu einer an diesem Aktionsplan ausgerichteten, inklusiven Bezirkspolitik beitragen und intensiven Kontakt zu den Behindertenorganisationen sowie zur Landesarbeitsgemeinschaft für behinderte Menschen aufbauen. Nach einem vorgeschalteten Interessenbekundungsverfahren und der Bestätigung der Benennungen der Mitglieder des Beirates durch die Bezirksversammlung Altona, konstituierte sich der Inklusionsbeirat Altona nun am 7. November 2017.

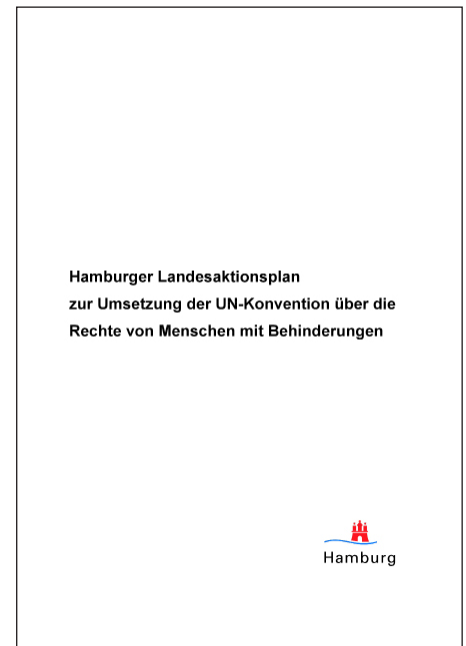
Bei der Zusammensetzung des Beirates wurde darauf geachtet, dass Menschen mit unterschiedlichen Formen von Behinderungen, wie zum Beispiel seh- und hörbehinderte, körperlich be-



DIENEN ALS GRUNDLAGEN FÜR DIE EINRICHTUNG DES ALTONAER BEIRATS FÜR MENSCHEN MIT BEHINDERUNG, DIE UN-BEHINDERTENRECHTSKONVENTION UND DER HAMBURGER LANDESAKTIONSPLAN

hinderte, und geistig behinderte berücksichtigt wurden. Er besteht aus 13 stimmberechtigten Mitgliedern und die Vertreterinnen und Vertreter der Fraktionen der Bezirksversammlung Altona nehmen an den Sitzungen als beratende Mitglieder teil.

Der Beirat hat unter anderem die Aufgabe, das Bezirksamt sowie die Bezirksversammlung in allen Fragen, die Menschen mit Behinderungen in Altona betreffen, zu beraten. Er kann zu allen Anliegen, die Menschen mit Behinderung in Altona betreffen, Empfehlungen, Anregungen und Vorschläge an das Bezirksamt und die Bezirksversammlung Altona richten. Der derzeitige Vorsitzende des Ausschusses Soziales, Integration, Gleichstellung und SeniorInnen ist dabei fachlicher Ansprechpartner. Die Amtszeit des Beirates richtet sich nach der Wahlperiode der Bezirksversammlung. Der nächste Schritt ist die Erarbeitung einer Ge-



schaftsordnung und die Wahl einer/eines Vorsitzenden. Darüber hinaus hat die Bezirksversammlung Altona eine Empfehlung an die Fachbehörde (Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration) beschlossen, ein regelhaftes Verfahren zur Beteiligung von Menschen mit Behinderungen auf der Ebene des Bezirkes und der bezirklichen Gremien zu entwickeln.

Der Beirat für Menschen mit Behinderungen in Altona ist im Übrigen neben Wandsbek der zweite Beirat in Hamburg. Weitere sollen folgen.



Ilona Schulz-Müller

SOZIALPOLITISCHE SPRECHERIN

schulz-mueller@spdfraktionaltونا.de



Katharinenhof

Oder wer bremst den „talentierten Mr. B“?

Ein bisschen hat die ganze Geschichte etwas von einem Krimi. Ähnlichkeiten in der Formulierung der Überschrift mit unserem gewählten Titel oder gar mit dem Inhalt eines bekannten und bedeutenden Kriminalfilm sind nicht gewollt und natürlich rein zufällig.

Das Objekt der Begierde ist der Katharinenhof in Blankenese, ein historisches und denkmalgeschütztes Herrenhaus mit seinem ergänzenden „Musenstall“ in dem Parkdenkmal Bours Park. Nach den Plänen der Architekten Johann Matthias Hansen (1781 – 1850) und Ole Joergen Schmidt (1793 – 1848) wurde der Katharinenhof als Sommerhaus für den Altonaer Kaufmann, Bankier und Reeder Georg Friedrich Baur (1768 – 1865) zwischen 1829 und 1836 erbaut. Wahrscheinlich gilt auch, dass der große Kopenhagener Architekt Christian Frederik Hansen, der zeitlebens viel für Baur gearbeitet hat, beteiligt war.

Der französische Gartenarchitekt Jacques Joseph Rameé war es, der für Georg Friedrich Baur 1832 auf diesem Teil des Elbhangs den größten englischen Landschaftspark in dieser Region anlegte. Wesentliche Teile wurden ein Jahrhundert später als „Bours Park“ von der Freien und Hansestadt Hamburg erworben. An seiner höchsten Stelle, ganz an seinem nördlichen Rand, steht der Katharinenhof mit seiner Remise, dem „Musenstall“, stilistisch dem Spätklassizismus und der Schule des dänischen Hofarchitekten Christian Frederik Hansen zuzuordnen.

Das Parkdenkmal Bours Park mit seinem denkmalgeschützten Katharinenhof sind ein Juwel im Hamburger Westen



DER KATHARINENHOF IN BLANKENESE

und bedürfen einer besonderen Verantwortung für deren Erhalt, für die denkmalgerechte Sanierung und eine dem Objekt angemessene Nutzung. Dieser Verantwortung sind bisher insbesondere weder der derzeitige Eigentümer noch die verschiedenen zuständigen Instanzen der Freien und Hansestadt Hamburg auch nur ansatzweise gerecht geworden.

Rückblende: Bereits im Jahre 2009 wurde das denkmalgeschützte Ensemble von der Freien und Hansestadt Hamburg unter der Verantwortung des damaligen CDU-Finanzsenators und gegen das Votum des SPD-Vertreterers an einen Investor unter der Auflage verkauft, die denkmalgerechte Sanierung spätestens bis zur Ausschlussfrist am 17. Dezember 2015 sicherzustellen. Dieser Termin wurde nicht eingehalten und bis heute ist ein vertragsgerechter Abschluss der Arbeiten nicht abzusehen. Sanktionen zur Durchsetzung des Vertrages waren nicht im notwendigen Umfang und der notwendigen Höhe vorgesehen. Befürchtet wird von großen Teilen der Bevölkerung schon seit längerem, dass der Investor den Katharinenhof verfallen lassen würde, um ihn nach Ablauf der im Vertrag formulierten zehnjährigen Nutzungsbindung mit dem Inhalt eines sogenannten Nothorn Aeronautical Think Tank (NATT) spekulierend und gewinnbringend verkaufen zu können.

Diese Situation ist nun eingetreten. Der Katharinenhof wurde Gerüchten zufolge von einem Immobilienbüro noch vor Ablauf der Zehnjahresfrist zum Verkauf angeboten. Hauptgrund für den Verkauf der Immobilie durch den damaligen Senat war seinerzeit das Ziel durch Wirtschaftsförderung den Luftfahrtstandort Hamburg aufzuwerten. Ein Ziel, vor dem wir schon im Interessenbekundungsverfahren im Jahre 2009 gewarnt haben, weil nach unseren Informationen schon damals offensichtlich war, dass die örtliche Flugzeugindustrie aufgrund eigener Forschung auf die Zuarbeit nicht angewiesen war. Gleichwohl flossen für diesen Zweck – neben einem schon extrem niedrigen Verkaufspreis, gerüchteweise in Höhe von 350.000 Euro – bedeutende Fördermittel des Bundes durch das BMBF von 2009 – 2016. Dieser Zweck eines Spitzenclusters Luftfahrt-Metropolregion Hamburg-NATT ist jedoch durch den Investor weder im Katharinenhof noch an anderer Stelle zu keinem Zeitpunkt ernsthaft verfolgt worden. Im Handelsregister 119363 vom 28. September 2015 findet sich nämlich eine Neueintragung: „Sanierung, Verwaltung und langfristige Vermietung des Gewerbegrundstücks Katharinenhof Mühlenberger Weg 33-35.“

Soviel zum Verhalten des „talentierten Mr. B“, der zudem durch seine vollzogene Umbenennung des Katharinenhofs zeigt, dass er den nötigen Respekt für das ihm anvertraute Denkmal vermissen lässt. Dies wird auch daran deutlich, dass er das öffentliche Grün rund um den Katharinenhof seit dem Jahre 2009 durch einen Bauzaun der Öffentlichkeit entzieht, obwohl Baumaßnahmen nur in sehr eingeschränktem Umfang stattgefunden haben.



Ausblick: Happyend und Matchball für den Katharinenhof oder weiter eine unendliche Geschichte mit zu „Schlechterletzt“ mit einem Spekulationsgewinn für den „talentierten Mr. B?“ Die SPD-Fraktion Altona hat jetzt die Notbremse gezogen. Wir haben die Finanzbehörde, die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation, die Kulturbehörde und die Bezirksverwaltung Altona in ihrer jeweiligen Zuständigkeit aufgefordert, unverzüglich alle Schritte einzuleiten, um das Ensemble Katharinenhof vor dem weiteren Verfall zu schützen, die denkmalgerechte Sanierung abzuschließen und das öffentliche Grün rund um den Katharinenhof endlich nach vielen Jahren wieder der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Konkret heißt das: Nachdem wir nach unseren Recherchen die Verkaufsabsichten des Investors öffentlich gemacht haben, muss jetzt geprüft

werden, ob die Fördermittel des Bundes wegen Nichterfüllung des Förderzweckes und wegen möglichem Subventionsmissbrauches zurückgezahlt werden müssen.

Notwendig sind allerdings insbesondere zwei Schritte: Sofortiger Rücktritt des Landesbetriebes für Immobilien und Grundvermögen von dem im Jahre 2009 geschlossenen Vertrag wegen Nichterfüllung nach bürgerlichem Recht und die Auslobung eines erneuten Interessenbekundungsverfahrens unter Beteiligung von Politik und Verwaltung des Bezirkes Altona. Das Ziel muss jetzt sein, kurzfristig einen Interessenten zu finden, der in der Lage ist, den Katharinenhof in einer angemessenen zu setzenden Frist denkmalgerecht zu sanieren und ein Konzept vorstellt, das dem Ort und dem Denkmal gerecht wird.

Wir Altonaer Sozialdemokraten werden, wie auch in der Vergangenheit, immer dann den Finger in die Wunde legen, wenn wir Defizite erkennen. Unser Traum: Der Katharinenhof endlich in verantwortungsbewussten Händen, zur Freude der Blankeneserinnen und Blankeneser und das ganz, ganz schnell.



Wolfgang Kaeser

MITGLIED IM PLANUNGSAUSSCHUSS

kaeser@spdfraktionaltona.de

Demokratie leben!

Ein Projekt für Altona zur besseren Integration

Noch unter der Ägide von **Manuela Schwesig als Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ist das Bundesprogramm „Demokratie leben! Für ein vielfältiges, gewaltfreies und respektvolles Miteinander“ aufgelegt worden.**

Die Aktivitäten innerhalb des Projektes sollen Menschen vor Ort dazu ermutigen, sich für ein offenes, vielfältiges Land einzusetzen und aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit zu agieren.

Der Bezirk Altona hat sich für Mittel aus diesem Bundesprogramm beworben und den Zuschlag für das Projekt „Ausgewählte Phänomene gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Demokratiestärkung im ländlichen

Raum“ erhalten. So fließen im Zeitraum von Juni 2017 bis Ende 2019 jährlich 100.000 Euro an Fördergeldern in den Bezirk. Dieses Projekt korrespondiert bestens mit der Überarbeitung des Integrationskonzeptes in Altona, die seit 2016 mit Politik und Verwaltung, Trägern und Projekten in Angriff genommen wurde. Zwingende Maßgabe des Projektes ist die Bildung eines Jugendforums und sowie die Durchführung diverser Maßnahmen zum Aufbau und der Stärkung und Weiterentwicklung von Bündnissen für Demokratie und Vielfalt in Altona. Ein Begleitausschuss, bestehend aus Trägern der Integration in Altona, Organisationen, Politik und Verwaltung sowie der Lawaetz-Stiftung, die als Fach- und Koordinierungsstelle fungiert, wurde bereits gebildet. Er hat sich unter anderem zur Aufgabe ge-

stellt, Aktivitäten zu begleiten wie den Aufbau eines Jugendforums, die Gestaltung der jährlichen Demokratiekonferenz, die Begleitung der Arbeitsgruppe Jugend in Rissen, den Aufbau einer Kooperation zur Unterstützung von Jugendlichen in Altona-Altstadt sowie die Beratung über die Förderung von Projekten durch den Aktions- und Initiativfonds. Über Ergebnisse, Erfolge und neue Strategien des Projekts wird die Bezirksversammlung beziehungsweise der Sozialausschuss unterrichtet.

Auf dass unser buntes Altona noch lebenswerter werde!

Ilona Schulz-Müller

SOZIALPOLITISCHE SPRECHERIN

schulz-mueller@spdfraktionaltona.de



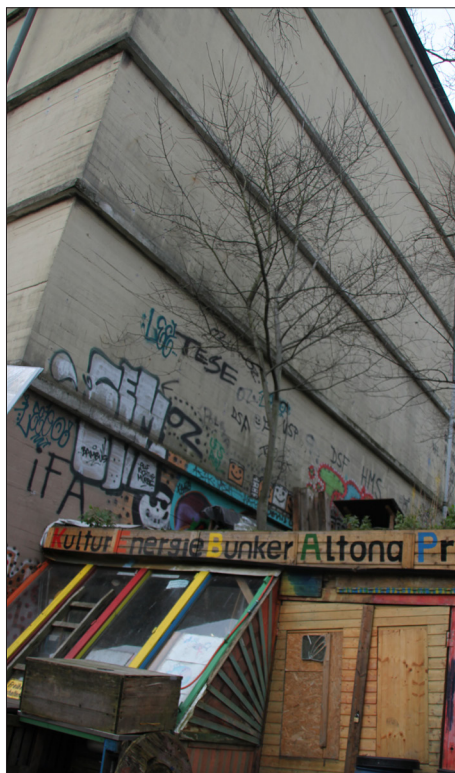
Altona Altstadt

KEBAP ist machbar!

Uns alle bedrückt diese beklemmende Atmosphäre, keine Frage! Und für Elke, eine ältere Genossin aus Altona-Altstadt, ist die Führung durch den Bunker in der Schomburgstraße nun doch nicht mehr zu ertragen. Sie wollte zunächst an dem Gang durch den alten Hochbunker gar nicht teilnehmen, hat sich aber überreden lassen und hat sich zum Rundgang in das „Schutzbauwerk“ hineingewagt – doch jetzt holen sie ihre persönlichen Bunker-Erlebnisse aus den schrecklichen Kriegsjahren ein...

Ein Hochbunker aus dem Zweiten Weltkrieg, mitten in einem Wohngebiet – auch aus stadtentwicklungspolitischer Sicht eine besondere Herausforderung. Was ist zu tun mit diesen heute glücklicherweise überflüssigen und deswegen nicht genutzten Klötzen aus Beton und Stahl? In Hamburg gibt es noch etwa 700 Bunker, die meisten liegen kaum beachtet unter der Erde. Die fast 100 Hochbunker dagegen rücken zunehmend in den Fokus – vor allem von Immobilienentwicklern. Im Jahr 2007 wurde die sogenannte Zivilschutzbindung aufgehoben, nun sind die Bunker beziehungsweise die Flächen, häufig in attraktiven Wohnvierteln, für den dringend erforderlichen und jetzt endlich vorangetriebenen Wohnungsbau in der Stadt von großer Bedeutung.

Für die Bunker werden zwei Möglichkeiten in Betracht gezogen: ein Abriss oder eine Umnutzung bei einem grundsätzlichen Erhalt der Bunkerarchitektur. Ein Abriss aber ist schwierig, Anwohnerinnen und Anwohner leiden verständlicherweise stark darunter. Obwohl so behutsam wie möglich vorgegangen



DER KEBAP-BUNKER IN DER SCHOMBURGSTRASSE

wird, werden im Zuge der Abrissarbeiten immer mal wieder zulässige Lärm- und Staubgrenzwerte überschritten, gelegentlich kommt es deswegen zu Baustopps. Vor diesem Hintergrund werden Umnutzungen interessant, die die Belastung für die umliegende Bevölkerung im Vergleich zu einem Komplettabriss begrenzen.

So laufen seither auch die Planungen für eine mögliche Umnutzung des Hochbunkers in der Schomburgstraße in Altona-Altstadt. Es war von Anfang an klar, dass hier im wahren Sinne des Wortes dicke Bretter zu bohren sind. Zunächst lagen dem Bezirksamt Altona zwei konkrete Konzeptideen zur Umnutzung vor, einschließlich entsprechender Bauvoranfragen. Beide Konzepte trugen der hohen Nachfrage nach Räumlichkeiten für Kunst- und Kulturschaffende

Rechnung. Das Konzept einer Altonaer Stiftung sah vor, in dem Hochbunker Musikübungsräume, Ateliers und Studios für Künstlerinnen und Künstler zu schaffen und diese mit zusätzlichen Wohneinheiten zu kombinieren, um kostengünstige Mieten zu ermöglichen. Nachdem deutlich wurde, dass es für die Realisierung des Konzeptes der Kulturstiftung in der Bezirksversammlung Altona keine Mehrheit geben würde, stieg die Stiftung aus und zog ihren Antrag auf einen Bauvorbescheid zurück. Übrig blieben die Planungen des Vereins Kultur-Energie-Bunker Altona-Projekt kurz KEBAP, die eine Hälfte des baulich zweigeteilten Bunkers zu einem (Biomasse-) Kraftwerk umzubauen und die andere Hälfte für kulturelle und gastronomische Zwecke zu nutzen: Im Energieteil des Bunkers soll dezentral und nachhaltig Wärme und Strom erzeugt werden, um mit dem Erlös den Betrieb eines gemeinschaftlich und nachbarschaftlich organisierten Kulturteils zu ermöglichen und nachhaltig zu finanzieren.

Um die Chancen und Risiken bei der Umsetzung dieses Konzeptes sowie die Wirtschaftlichkeit von KEBAP besser einschätzen zu können, wurde mit Mitteln der Bezirksversammlung Altona eine entsprechende Untersuchung, also eine sogenannte Machbarkeitsstudie, in Auftrag gegeben. Im September 2015 wurde dem Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und regionale Stadtteilentwicklung der erste Teil dieser Machbarkeitsstudie vorgestellt. Dieser befasst sich schwerpunktmäßig mit Fragen zur technischen und wirtschaftlichen Umsetzbarkeit, zur baurechtlichen Genehmigungsfähigkeit und organisationsrechtlichen Aspekten.



Ergebnisse Teil I

Machbarkeitsstudie zu KEBAP:

- Es existieren Anbieter, welche eine von KEBAP angestrebte Anlage zur Vergasung von Holzhackschnitzel anbieten.
- Die Werte für Schall- und Abgasemissionen der Anlage bleiben deutlich unter den Grenzwerten für eine Wohngebietslage.
- Die Verkehrsbelastung durch Anlieferung von Biomasse (Holzhackschnitzel) wird mit durchschnittlich zwei bis drei Anlieferungen pro Werktag (!) errechnet.
- Die technische Machbarkeit zum Anschluss an das Fernwärmenetz ist gegeben.
- Eine projektbezogene Zielsetzung hinsichtlich des Klimaschutzes (CO₂-Vermeidung) wird erreicht
- Das Projekt ist technisch, planungsrechtlich und wirtschaftlich umsetzbar und genehmigungsfähig.

Auf der Grundlage dieser Ergebnisse wurde im Oktober 2015 der zweite Teil der Machbarkeitsstudie beauftragt, wieder finanziell gefördert durch einen Beschluss der Bezirksversammlung Altona. Dieser Teil umfasste insbesondere folgende Untersuchungsbereiche:

a) Bauliche Planung für den gesamten Bunker (Kultur- und Energieteil) durch Einbeziehung von Architekten und Fachingenieuren zur Abschätzung beziehungsweise Klärung der Baukosten für den Hochbau, für die Haustechnik und den Brandschutz, für Akustik, Schallschutz sowie für die Statik

b) Projektsteuerung und Gesamtwirtschaftlichkeitsberechnung

KEBAP hat parallel zur Erstellung der Machbarkeitsstudie ein umfassendes, aktivierendes Beteiligungsverfahren im Stadtteil durchgeführt. Wesentliche Zielsetzungen dabei waren die Herstel-

lung von Kontakten mit bisher nicht bei KEBAP vertretenen Gruppen im Stadtteil und insbesondere der Kontakt zu den Anwohnerinnen und Anwohnern. Eine groß angelegte Auftaktveranstaltung, gut besuchte Workshops, Haustürgespräche, Gruppengespräche mit Akteurinnen und Akteuren im Stadtteil und potenziellen Nutzergruppen, die Herrichtung einer Anlaufstelle („planwagen“) sowie – inzwischen – regelmäßig stattfindende Rundgänge durch den Bunker führten erfolgreich zu einer festen Verankerung von KEBAP in Altona.

Im April 2017 wurden die Ergebnisse des zweiten Teils der Untersuchung zur Machbarkeit vorgelegt. Durch die intensive Untersuchung der baulichen Substanz des Hochbunkers durch ein Architektenbüro und die Entwicklung eines Rahmenprogramms unter Berücksichtigung der durch das Beteiligungsverfahren ermittelten Bedarfe wurde nachgewiesen, dass der Hochbunker sowohl für die energetische als auch für die (stadtteil-) kulturelle Nutzung geeignet ist. Die Finanzierung der Investitionskosten am beziehungsweise im Bunker ist in einer Mischkalkulation aus Eigenkapital, Darlehen und verschiedenen dafür vorgesehenen Förderprogrammen Hamburgs und des Bundes möglich. Die wirtschaftliche Betrachtung kommt dann zu dem Schluss, dass die laufende Bewirtschaftung des Kulturteils durch Erlöse aus der Vermietung und insbesondere aus der „Querfinanzierung“ aus dem Energieteil ohne institutionelle Förderung gewährleistet ist. Inzwischen haben sich die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA), in deren Besitz sich der Bunker – noch – befindet, die Hamburger Behörde für Umwelt und Energie, das Bezirksamt Altona und die Bezirksversammlung sowie der zuständige Ausschuss für

Wirtschaft, Arbeit und regionale Stadtteilentwicklung weiter mit dem Projekt befasst. So hat die Bezirksversammlung unter anderem beschlossen, Kosten zur Herstellung der Verkehrssicherheit rund um den Bunker und anfallende Betriebskosten zu übernehmen. Dazu haben Bezirksamt und BImA eine Nutzungsvereinbarung abgestimmt. Die Umweltbehörde unterstützt KEBAP engagiert und fördert das Projekt inzwischen bundesweit als Modellvorhaben. Und zwei sozusagen übergeordnete wesentliche Voraussetzungen für den wirtschaftlichen Erfolg des Projektes scheinen sich absehbar zu erfüllen: Der Rückkauf der Energienetze erleichtert die Einspeisung und Durchleitung der von KEBAP produzierten Energie, und die Verhandlungen mit potenziellen Energieabnehmern zeigen erste Erfolge.

Auch wir befassen uns sehr ernsthaft und detailliert mit diesem Projekt, sind jedoch noch nicht endgültig entscheidungsreif. Wir haben noch Fragen und offene Punkte bezüglich der Genehmigungsfähigkeit, insbesondere zur Umweltverträglichkeit und zur Vereinbarkeit mit den Hamburger Klimazielen, und wollen erst darauf Antworten von offizieller Seite erhalten. Wenn wir diese Antworten haben, dann können wir uns zu diesem Projekt endgültig positionieren. Wir stehen KEBAP jedenfalls offen gegenüber!



Andreas Riedel

Sprecher im Ausschuss für
Wirtschaft, Arbeit und Regionale
Stadtteilentwicklung

riedel@spdfraktionaltونا.de



Sei dabei – Ehrensache

Nachwuchswerbung für die Freiwilligen Feuerwehren in Altona

Vor knapp zwei Jahren hat die Bezirksversammlung auf Initiative der SPD beschlossen, die Freiwilligen Feuerwehren (FF) in Altona mit 20.000 Euro für deren Nachwuchswerbung zu unterstützen. Wir haben mit dem Chef der neun Freiwilligen Feuerwehren, dem Bereichsführer Jan Wilbrandt, gesprochen und nachgefragt, was bisher erreicht werden konnte.

SPD-Fraktion Altona: Herr Wilbrandt, wer im Herbst durch Altona gefahren ist, hat zahlreiche nette Gesichter der Freiwilligen Feuerwehr sehen können. Was hatte es damit auf sich?

Jan Wilbrandt: Das war der Auftakt für unsere Mitgliederkampagne. Wir sind sehr dankbar über die Förderung durch den Bezirk und haben zunächst gemeinsam überlegt, wie wir das Beste und Meiste herausholen. Die Freiwillige Feuerwehr zeichnet aus, dass wir viele Kompetenzen vereinen – alle Einsatzkräfte haben ja einen „echten Beruf“ – und so konnten wir ohne teure Agentur eine tolle Kampagne auf die Beine stellen können.

Was wollen Sie mit Ihrer Kampagne erreichen?

Wir wollen Bürgerinnen und Bürger motivieren, sich für ihren Stadtteil, für die Sicherheit ihrer Nachbarn zu engagieren. Wir brauchen gerade tagsüber mehr Einsatzkräfte, die in den Stadtteilen arbeiten, Schichtgänger oder Familienmanager sind.

Welche Bausteine beinhaltet Ihre Wer-



SEI DABEI EHRENSACHE, DIE WERBE-KAMPAGNE DER FREIWILLIGEN FEUERWEHR IN ALTONA

be-Kampagne?

Zunächst wollten wir unsere Bekanntheit erhöhen. Wenn der Bürger in Not die 112 ruft, kommt die Feuerwehr Hamburg. Wir unterscheiden uns nicht von der Berufsfeuerwehr. Unsere Fahrzeuge und die Schutzanzüge sehen gleich aus, die Ausbildung ist dieselbe. Doch viele wissen gar nicht, dass in einer Großstadt wie Hamburg die Freiwilligen Feuerwehren eine hohe Bedeutung für die Sicherheit hat. Wir stellen gerade in Altona nicht nur die „Ergänzung“ für die Berufsfeuerwehr dar, oft sind unsere Einsatzkräfte die ersten am Einsatzort.

Deswegen zeigen wir erstmal unser Gesicht. Die Parteien waren dabei unser Vorbild und wir haben im gesamten Bezirk eine Auswahl unserer Mitglieder auf Plakaten an die Straße gestellt. Jede Woche konnten sich Interessierte an jedem Feuerwehrhaus informieren und den ersten Schritt zur Aufnahme in unsere Feuerwehrfamilie gehen.

Und wie erfolgreich waren Sie damit bisher?

Außerordentlich erfolgreich. Rund drei-

ßig Interessierte haben sich gemeldet. Bei den allermeisten passt es gut und wir hoffen, dass sie dabei bleiben. Wir planen derzeit die Verdoppelung der Kapazitäten im Grundausbildungs-Lehrgang. Aber das soll natürlich nicht alles bleiben.

Was kommt noch?

Wir haben zahlreiche Bauunternehmer gewonnen, die an Bauzäunen Werbeplakate aufhängen. Auch viele Privatpersonen oder Förderer der Feuerwehr haben an prominenten Stellen unsere neuen Großbanner aufgehängt. Mit großer Unterstützung der Bezirksamtsleiterin – nicht nur an dieser Stelle – können wir direkt in den Kundenzentren mit „Pappkameraden“ und Flyern werben. Wer sich also künftig nach Altona ummeldet, sieht dann gleich, wie er sich in seinem Stadtteil engagieren kann und nette Nachbarn kennenlernt.

Außerdem gibt es viele Restaurants und Geschäfte, die Flyer auslegen und für uns Werbung machen. Das alles wäre ohne die „Starthilfe“ für die Materialien nicht möglich gewesen.



Wie oft rücken die Freiwilligen Feuerwehren denn aus?

In Altona wurden 2016 über eintausend Einsätze abgearbeitet. Dabei liegt die Spanne zwischen einem Einsatz pro Woche bis hin zu 1,5 Einsätzen pro Tag. Ein Einsatz bedeutet, dass eine Feuerwehrfrau oder ein Feuerwehrmann, von seinem Arbeitsplatz, aus dem Bett oder vom Esstisch zum Feuerwehrhaus eilt, seine Schutzsachen anzieht und mit den anderen Einsatzkräften zum Einsatzort fährt.

Was müssen Bewerberinnen und Bewerber denn mitbringen?

Das Wichtigste: Den Willen, ihre Mitmenschen in Notlagen zu helfen. Ansonsten stellt das Feuerwehramt die Schutzausrüstung und eine hochwertige Ausbildung. Bei uns wird keiner ohne ordentliches Training in den Einsatz geschickt. Heißdüsen brauchen wir nicht, wir wünschen uns Menschen mit Durchhaltevermögen.

Vielen Dank für Ihren Einsatz und den Ihrer Kameradinnen und Kameraden. Und bitte kommen Sie immer gesund nach Hause!

Wir bedanken uns für die tolle Unterstützung aus der Politik!



MARTEN, 32
BLANKENESE

SEI DABEI

EHRENSACHE!

Quelle: Freiwillige Feuerwehr Hamburg-Altona

Komm zur Freiwilligen Feuerwehr
WWW.HAMBURG112.DE

Dieses Projekt wird aus Mitteln des Bezirkes Altona gefördert.

Hamburg

EINES DER GESICHTER DER KAMPAGNE: MARTEN AUS BLANKENESE

ÜBER JAN WILBRANDT:

Jan Wilbrandt, Jahrgang 1982, ist selbstständiger Handwerksmeister (Elektro) aus Groß Flottbek und seit 2015 Bereichsführer der Freiwilligen Feuerwehr in Altona. Der Familienvater ist verantwortlich für den inneren Dienstbetrieb der FF im Bezirk Altona, seine Funktion wird alle sechs Jahre gewählt. Im Einsatzfall führt er mehrere Freiwillige Feuerwehren als Verbandsführer.

DIE FREIWILLIGEN FEUERWEHREN IN ALTONA:

In Altona gibt es neun Freiwillige Feuerwehren mit rund 250 aktiven Mitgliedern zwischen 18 und 63 Jahren. Jede FF unterhält zudem eine Jugendfeuerwehr, in denen für circa 140 Kinder und Jugendliche zwischen zehn und 17 Jahren Jugendarbeit geleistet wird. Gemeinsam mit den beiden Feuer- und Rettungswachen der Berufsfeuerwehr in Osdorf und Altona stellen die Freiwilligen Feuerwehren den Brandschutz sicher und leisten technische Hilfe. Darüber hinaus wirken die Ehreichen im Stadtleben mit.



Reportage: Die Crux der Bürgerbeteiligung

Was man aus dem Trubel um den Blankeneser Marktplatz lernen kann

In einer Demokratie ist das Volk immer beteiligt, oder sollte es zumindest sein – egal ob direkt oder durch Vertreterinnen und Vertreter. Aber ist das tatsächlich so? Und was passiert, wenn die Bürgerinnen und Bürger dann doch unzufrieden sind und wie bindet man sie konstruktiv in Planungsprozesse ein? Ella Knigge, Praktikantin in der Bezirksfraktion Altona, hat sich dem Thema Bürgerbeteiligung am Beispiel des

Konflikts um den Blankeneser Marktplatz gewidmet und versucht mit Hilfe von Interviews der beteiligten Gruppen – Arbeitskreis, Interessengemeinschaft und Bezirkspolitik – diesen Fragen auf den Grund zu gehen.

Ella möchte Sozialwissenschaften studieren und verschafft sich im Rahmen des Praktikums einen Eindruck von bezirkspolitischen Vorgängen.



Ella Knigge

PRAKTIKANTIN SPD-FRAKTION ALTONA

Interviews zum Konflikt über den Blankeneser Marktplatz

Ella Knigge: Wie war es, die Einigung zu finden? Was war die Funktion des Bezirksamtes?

Dr. Liane Melzer: Die Bezirksversammlung hatte dem Vorsitzenden der Bezirksversammlung, Herrn Dr. Frank Toussaint und mir den Auftrag gegeben, dass wir als Moderatoren zur Verfügung stehen, um eine Einigung zu erreichen. Die Bezirksversammlung beschloss hierfür eine Frist bis zum 15. November 2017. In einem Gespräch mit Vertretern des Arbeitskreises, der Interessengemeinschaft und des Bezirksamtes sowie mit Vertretern der Fraktionen der Bezirksversammlung gelang es, einen Kompromiss zu finden. Das Bezirksamt hatte eine moderierende Funktion und hat nach dem Gespräch die Einigung mit der Unterstützung des Planungsbüros „arbo“ verschriftlicht.

Sind Sie also mit dem Ergebnis zufrieden?

Ich glaube, dass es ein guter Kompromiss ist. Jetzt geht es darum, diesen in der konkreten Planung umzusetzen. Es hat eine umfassende Bürgerbeteiligung zur Umgestaltung des Blankeneser

Marktplatzes gegeben, und die Mitglieder des Arbeitskreises haben fast zwei Jahre an den Planungen gesessen. Auch Mitglieder der Interessengemeinschaft waren daran beteiligt. Das Bezirksamt plant für alle Bürgerinnen und Bürger und ich würde mich freuen, wenn die Umgestaltung des Marktplatzes von den Blankeneserinnen und Blankenesern als Verbesserung wahrgenommen wird.



IM GESPRÄCH MIT FRAU DR. LIANE MELZER, DER ALTONAER BEZIRKSAMTSLEITERIN

Durch welche Maßnahmen hätte ein Bürgerbegehren verhindert werden können?

Die Erfahrung zeigt, dass man nicht jede einzelne Person einbinden kann. Das Begehren war bei der umfassenden vorherigen Bürgerbeteiligung nicht vorherzusehen. Es ist nicht auszuschließen, dass es im Laufe der weiteren Planung und Umsetzung erneut zu einem Bürgerbegehren kommen kann. Als Aufgabe der Verwaltung sehe ich es, mit den Ergebnissen dieser Begehren zu arbeiten. Durch möglichst vielseitige Methoden sollen die Wünsche der Bürgerinnen und Bürger berücksichtigt werden, um ein möglichst repräsentatives Abbild der Meinung der Bevölkerung zu erhalten. Das Bezirksamt Altona gibt sich viel Mühe, auch Jugendliche miteinzubeziehen. Es gibt sicherlich noch vereinzelte Lücken, aber wir befinden uns dabei in einem fortschreitenden Entwicklungsprozess. Es geht hierbei ja nicht nur darum, eine größere Akzeptanz für Planungen zu erreichen, sondern auch darum, neue Ideen der Menschen und damit Bereicherungen für die zukünftige Entwicklung Altonas zu sammeln.



Ella Knigge: Wie fühlt sich das für die Politik an, erst Bürgerbeteiligung anzustrengen und dann doch ein Begehren zu haben?

Wolfgang Kaeser: Gefühle dürfen für Entscheidungsträger in der Politik nicht allein entscheidend sein. Im vorliegenden Fall war ein Bürgerbegehren zwar rechtlich zulässig, stellt allerdings meines Erachtens einen Missbrauch des Instituts des Bürgerbegehrens dar. Die vom Grundgesetz normierte gesunde Balance zwischen repräsentativer und Basisdemokratie ist hier aus dem Ruder gelaufen.

Wie können Bürger künftig besser eingebunden werden?

Wichtig ist zukünftig, die Mitglieder des Beteiligungsverfahrens und von Planungswerkstätten eindeutig zu erfassen, schrittweise in mehrstufigen

Verfahren einer Verbindlichkeit im Sinne einer Mediation oder Moderation vorzugehen und die jeweiligen Ergebnisschritte dann als für alle verbindlich festzuschreiben, so dass sie nicht mehr durch ein Bürgerbegehren ausgehebelt werden können. Hierfür wäre aber eine Novellierung der gesetzlichen Regelungen für Bürgerbegehren dringend nötig

Wird durch die zweite Runde der Bürgerbeteiligung das Ergebnis besser? Wurde so ein Mehrwert erreicht?

Eindeutig Nein! Der beschlossene Kompromiss führt vor dem Hintergrund objektiver Gestaltungskriterien zu einem suboptimalen Ergebnis und ist nur zu rechtfertigen, weil der Ortskern Blankeneses nicht bis zum Abschluss des drohenden Bürgerentscheides bis zu einem Dreivierteljahr „lahmgelegt“ werden kann. Dies wäre Blankenese nicht zuzu-



WOLFGANG KAESER, ALS VERTRETER DES ARBEITSKREISES „UMGESTALTUNG DES ORTSKERNS BLANKENESE“ IM INTERVIEW

Sind Sie also mit dem Ergebnis zufrieden?

Wieder eindeutig Nein! Das Ergebnis des Kompromisses stellt eindeutig keine Sternstunde für Altonas Politik dar. Es ist wie begründet suboptimal und lässt auch eine mangelnde Wertschätzung der jahrelangen, professionellen Arbeit des von der Bezirksversammlung Altona mandatierten Arbeitskreises „Umgestaltung Blankeneser Ortskern“ erkennen.

Ella Knigge: Warum haben Sie sich nicht früher in den Prozess eingebunden?

Monika Lühmann: Wir haben versucht eine breitere Bevölkerungsschicht mitzunehmen. Nach der Vorstellung des Projekts und dem zustimmenden Votum wurde irrtümlicherweise angenommen, dass die Bürger das Vorhaben in seiner ganzen Auswirkung verstanden haben. Der dann gegründete Arbeitskreis tagte zwei Jahre lang in Klausur. Erst durch unsere Intervention als schon etablierte Gruppe wurden zwei Mitglieder von uns zugelassen und die Sitzungen tagten auch öffentlich.

Was waren Ihre Hauptkritikpunkte am Verfahren?

Obwohl wir in dem Arbeitskreis eine Stimme erhielten und in den Sitzungen unsere Bedenken zu der sehr befremdlichen Planung äußern konnten, wurde sehr schnell klar, dass man nicht bereit war für uns Wesentliches zu ändern.

Wie kann Bürgerbeteiligung verbessert werden?

Es müsste eine Ausschreibung erfolgen und danach ein für die Bürger verständlicher Gesamtplan erstellt werden. Eine Visualisierung des Ganzen ist zwingend erforderlich, denn der normale Bürger – das hat sich in unserem Fall herausgestellt – versteht keine Architektenpläne. Erst durch die Veröffentlichung der Visualisierung ist den meisten – auch mir – die radikale Veränderung des Ortskerns durch die Planung klar geworden.

Wird durch die zweite Runde der Bürgerbeteiligung das Ergebnis besser? Wurde so ein Mehrwert erreicht?

Die Tatsache, dass sich über 4000 Bürgerinnen und Bürger für eine Änderung der Pläne ausgesprochen haben, hat bei den Parteien und der Kirche zum Nachdenken geführt. Wir haben verhandelt, Punkt für Punkt besprochen und nach tragfähigen Lösungen gesucht. Das hat



MONIKA LÜHMANN, VERTRETERIN DER INTERESSENGEMEINSCHAFT IM GESPRÄCH

geklappt, so dass wir unser Bürgerbegehren beendet haben. Das haben wir nur getan, weil wir in der Vereinbarung einen echten Mehrwert für Blankenese sehen. Niemals hatten wir vor, einen kostenintensiven Bürgerentscheid zu beginnen, der auch zu einer weiteren Entfremdung zwischen Verwaltung, Parteien und Bürgern geführt hätte. Zum Glück hat die Politik und die Verwaltung die Stimmungslage in Blankenese ernst genommen. Wir freuen uns jetzt auf eine konstruktive und positive Zusammenarbeit aller Beteiligten. Profitieren werden die Blankeneser!



Ein Stimmungsbild:

Die Crux der Bürgerbeteiligung

Endlich geschafft! Eine Einigung der verschiedenen Gruppen und der Politik zum Thema „Umgestaltung des Blankeneser Marktplatz“ hat stattgefunden. Doch diese Debatte zieht eine viel schwerwiegendere Frage mit sich, die ganz Altona und die Bezirkspolitik beschäftigen sollte: Wo stehen wir mit der Bürgerbeteiligung in Hamburg? Ist sie in dieser Form überhaupt sinnvoll und wo liegen die Problemstellen?

Denn nach diesem Disput, der die Bezirkspolitik, den Arbeitskreis und auch alle Bürgerinnen und Bürger von Blankenese auf Trab gehalten hat, gibt es einigen Klärungsbedarf.

Wo ist es also falsch gelaufen?

Mit der Bürgerbeteiligung ist das so eine Sache. Einerseits ist sie in einer Demokratie essenziell: Man will mit den Bürgerinnen und Bürgern planen, anstatt gegen sie, um zu einer friedlichen und konstruktiven Lösung für alle zu kommen. Andererseits wirkt sie manchmal auch der Expertise von beispielsweise Planungsbüros entgegen und schießt jahrelange Arbeit von Arbeitskreisen in den Wind. Ähnlich wie in Blankenese: Die ersten Beteiligungs-Angebote in der Planungsphase wurden von den Blankeneserinnen und Blankenesern wohl nicht ausreichend genutzt, um ihre Interessen zu vertreten oder Planungen zu kritisieren, stattdessen wurde erst – als schon alles in den Startlöchern war – auf die Möglichkeit des Bürgerbegehrens zurückgegriffen, um sich Gehör zu verschaffen. Es scheint, als sei in der langen Arbeit des Arbeitskreises die Planung völlig am Geschmack und den

Interessen der Betroffenen, also den Bürgerinnen und Bürgern von Blankenese, vorbeigegangen. Das muss so nicht sein! Wolfgang Kaeser, Mitglied des Arbeitskreises und Blankeneser in der SPD-Fraktion Altona, ist sichtlich angefasst: „Diese Einigung ist keine Sternstunde der Kommunalpolitik. Ich würde sogar so weit gehen zu sagen, dass die Interessengemeinschaft gegen die eigentliche Bürgerbeteiligung, die schon seit 2008 stattfindet, gearbeitet hat. Die Sitzungen waren alle öffentlich und nach dieser Breite der Bürgerbeteiligung, die es vorab über viele Jahre gegeben hat, ist das für mich ein Missbrauch des Bürgerbegehrens“. „Es ist normal, dass hier und da noch Groll gehegt wird. Ein Kompromiss stellt nie jeden zufrieden, aber jetzt sollten alle nach vorn gucken und das Beste daraus machen.“, so Monika Lühmann aus der Interessengruppe.

Holschuld der Politik und Bringschuld der Bürger

Bei der Bürgerbeteiligung gibt es eine Holschuld, aber auch eine Bringschuld. Die Politik will die Menschen einbeziehen, muss aber gleichzeitig damit umgehen, dass nicht alle zu den Terminen erscheinen oder ihre Werbekanäle wirksam genug sind. Aber auch die Bürgerinnen und Bürger müssen mitarbeiten, in dem sie angebotene Programme nutzen, um ihren Willen zu vertreten und dabei darauf achten, dass alle Gruppen vor Ort sind. Monika Lühmann ist über die Organisation im Arbeitskreis enttäuscht: „Im Arbeitskreis konnten leider immer nur zwei Vertreter der Vereine anwesend sein, und diese haben sich nicht mit den anderen Mitgliedern, also der Basis, kurzgeschlossen. So

war es nicht möglich, die Interessen aller Blankeneserinnen und Blankeneser darzustellen und repräsentativ für die Anwohnerinnen und Anwohner zu entscheiden, sondern es kamen nur die Vorstellungen der Einzelpersonen auf den Tisch.“

„Wir haben unsere Bringschuld erfüllt, nach diesem großen Angebot zur Bürgerbeteiligung muss die Verwaltung und Politik handlungsfähig sein. Mehr Beteiligung von Seiten der Bürgerinnen und Bürger ist wünschbar, aber man muss dazu Mechanismen – neben Plakatierungen und Pressemitteilungen – entwickeln, mit denen man noch mehr trifft als bisher, auch wenn man natürlich nie wirklich alle erreichen kann,“ so Wolfgang Kaeser.



ILLUSTRATION: BÜRGERINNEN UND BÜRGER SIND GENAUSO VIELFÄLTIG WIE IHRE INTERESSEN!

Wer nicht mitmacht, darf hinterher nicht meckern!

Meiner Meinung nach ist es aber unverständlich, dass die Generation, die diesen Marktplatz noch in 30 bis 40 Jahren nutzen wird, bei den Workshops et cetera kaum beziehungsweise gar nicht vertreten war, auch wenn Blankenese eher von der etwas älteren Gesellschaft be-



wohnt wird. Die Jugend muss natürlich von sich aus Energie aufwenden, sich zu engagieren, aber die Politik hat im Sinne der Holschuld auch ihren Teil beizutragen. Hierbei ist die Modernisierung der Kanäle entscheidend: Man sollte sich dazu aufrufen, auch Medien wie Facebook, Twitter und Instagram zu bespielen, denn so erreicht man eine breite Masse, zumindest in meiner Generation, die nicht zu unterschätzen ist.

Natürlich ist es einfacher und bequemer, nur eine Unterschrift zu einem Entschluss – ob dafür oder dagegen – zu geben, das geht schnell, in der Fußgängerzone oder sonst wo. Aber um tatsächlich konstruktive Kritik zu äußern und aktiv in den Planungen mitzuwirken, muss man Angebote wie Workshops oder Arbeitskreise nutzen. Hierfür muss sich definitiv das Bewusstsein ändern, damit Bürgerinnen und Bürger motiviert sind, aus Eigeninitiative an Entscheidungsprozessen mitzuwirken.

Motivation wieder herstellen, aber wie?

Laut Wolfgang Kaeser müsste schon früh die Aufklärung über unverrückbare Festpunkte stattfinden. „Nicht um zu sagen, die Politik macht, was sie will, sondern viel mehr um auch rechtliche Vorgaben aufzuzeigen. Die Motivation geht dann verloren, wenn man vermittelt, dass alles offen ist und erst im Nachhinein deutlich wird, dass es nicht geht und die Vorschläge nicht umgesetzt werden. Die Motivation bleibt nur dann erhalten, wenn man den Bürgern klar sagt, in welchen Punkten man zu Verhandlungen bereit ist.“

Sonst treibt das Gefühl der Machtlosigkeit die Bürgerinnen und Bürger

viel mehr in Teilnahmslosigkeit und sie überlassen die Entscheidungen wehrlos den „Großen in der Politik“, selbst bei der Kommunalpolitik direkt vor ihrer Haustür. Außerdem stellt sich meiner Meinung nach die Frage, wie man nach solchen hartnäckigen Auseinandersetzungen und Verhandlungen die Bürgerinnen und Bürger motivieren kann, in der Gestaltung mitzumachen. „Bei der Bürgerbefragung durch die Initiative wurde uns klar, dass einerseits die Workshops zu früh beendet wurden und andererseits das Bildmaterial fehlte, um die Pläne zu visualisieren und für die Allgemeinheit zugänglich zu machen“, so Monika Lühmann.

Die Luft ist raus, zumindest beim Blankeneser Marktplatz, nachdem fünf Jahre Planung außer Gefecht gesetzt, viel ehrenamtliche Arbeit auf beiden Seiten in das Projekt gesteckt und außerdem Nachbarinnen und Nachbarn über den Kampflinien des Arbeitskreises und der Interessengruppe zerstritten sind.

Trotzdem kann und darf die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger jetzt nicht aufhören: Frieden muss hergestellt und das Planungsbüro motiviert werden, weiter zu machen, sonst legt man Blankenese doch noch lahm. Man muss weiteren Konflikten entgegen und die Bürgerinnen und Bürger ermuntern, in der Zukunft weiter mit zu arbeiten und sich nicht entmutigen zu lassen. Ja, das Gesetz zum Bürgerbegehren muss überarbeitet, aber keines Falls außer Kraft gesetzt werden. „Ziel kann und darf dabei [also] nicht die Einschränkung von Rechten sein, sondern vielmehr gilt es Klarheit darüber zu erlangen, was, in welchem Stadium und mit welchen Quoren möglich sein soll“, so Thomas Adrian, Fraktionsvorsitzender der SPD-

Altona. Die Beteiligung ist wichtig, nur muss die Einigung vorher stattfinden, damit nicht „einfach so“ ein Bürgerbegehren in die Projekte rein grätscht, in die Abgeordnete sowie Bürgerinnen und Bürger viel Arbeit gesteckt haben.

Evaluierung und Überarbeitung der Gesetzgebung dringend nötig

Es ist ein Aufeinanderzugehen von beiden Seiten, um Kompromisse frühzeitig zu finden und dem Bürgerbegehren zu entgegen.

Wolfgang Kaeser: „Die Balance zwischen repräsentativer und Basisdemokratie kommt hier gerade eindeutig aus dem Lot, weshalb der Kompromiss ein fauler ist und dieser nur vor dem Hintergrund einer pragmatischen Entscheidung gegen einen Stillstand in Blankenese zu rechtfertigen ist. Es muss einen Passus geben, der definiert wie Bürgerbeteiligung quantitativ und qualitativ konkret auszusehen hat und dass, wenn diese stattgefunden hat, sich die bereits beschlossene Planung einem weiteren Bürgerbegehren entzieht.“

Die Bürgerinnen und Bürger müssen aktiver Angebote der Politik zur Mitbestimmung nutzen, gleichzeitig muss aber auch die Bezirkspolitik ihre Kanäle überarbeiten, auf denen sie zu der Beteiligung aufruft. Durch so eine frühzeitige und breite Befragung der Bürgerinnen und Bürger entgeht man den Komplikationen eines Bürgerbegehrens oder gar eines Bürgerentscheids und kann langfristig die Menschen motivieren, aktiv in der Gestaltung ihres Viertel und der Politik mitzuwirken!

Ella Knigge

PRAKTIKANTIN SPD-FRAKTION ALTONA





Ute Naujokat

naujokat@spdfraktionaltona.de

Warum machst du Politik? Und warum genau in Altona?

Ich bin in der Politik, da ich, wie so viele, mit dem Einen oder Anderen nicht zufrieden war.

Und da sagte ich mir: Jetzt ist Schluss mit meckern. Jetzt versuche ich was zu ändern. Am nächsten Tag bin ich in die SPD eingetreten und versuche nun mein Bestes.

Was ist ein wichtiges Projekt für dich in dieser Wahlperiode?

Mein größtes Ziel ist der bessere Öffentliche Nahverkehr für Altona, besonders für Lurup und Osdorf. Da steht die Bahn-Anbindung ganz vorne. Aber auch bessere Bus-Anbindungen und Radwege im ganzen Bezirk sind für mich wichtig, um den Autoverkehr – soweit es geht – aus der Stadt zu halten.

Unsere
Abgeordneten:

Was machst du nach Feierabend?

Einmal die Woche gehe ich mit meinem Mann Tanzen (Standard und Latein). Das ist für mich ein sehr wichtiger Termin, da ich kaum einen Abend zu Hause bin. Irrendeine Sitzung ist immer. Dieser Termin gehört nur meinem Mann.

Und wenn am Wochenende oder im Urlaub Zeit ist, gehen wir Geocachen. Das ist eine Schnitzeljagd, die Satelliten-unterstützt ist. Private Personen führen einen so an Orte, die ihnen wichtig sind. Die sind entweder landschaftlich sehr schön oder haben eine interessante Geschichte.



Mithat Capar

capar@spdfraktionaltona.de

Warum machst du Politik? Und warum genau in Altona?

Demokratie heißt auch, sich in Angelegenheiten einzumischen. Es befriedigt mich, sich aktiv für das Gemeinwohl der Menschen in unserem Stadtteil zu engagieren. Gerade auch vor dem Hintergrund, dass ich hier in Altona

auf die Welt gekommen und aufgewachsen bin, ist es eine Ehre, sich für die Interessen der Bürgerinnen und Bürger einsetzen zu dürfen. Die aktive politische Betätigung auf kommunaler Ebene ist eine besondere Herausforderung, da die zu fällenden Entscheidungen unmittelbaren Einfluss auf

Menschen haben. Zudem besteht auch hier die Möglichkeit, sich mit den Menschen vor Ort austauschen zu können und gemeinsam Ideen zu entwickeln. Vor allem der Austausch auf der Straße oder auf dem Wochenmarkt ist eine tolle Sache.

Was ist ein wichtiges Projekt für dich in dieser Wahlperiode?

Eines meiner wichtigsten politischen Herausforderung ist, sich für das friedliche Zusammenleben der Menschen in unserem Stadtteil zu engagieren und dafür die politischen Weichen zu stellen.

Was machst du nach Feierabend?

Mein Lebensmittelpunkt ist im Stadtteil und ich suche gern den Kontakt zu den Menschen. So befinde ich mich ununterbrochen im politischen Diskurs, um Anregungen entgegenzunehmen.





Henrik Strate

strate@spdfraktionaltona.de

Warum machst du Politik? Und warum genau in Altona?

Nicht meckern, machen! Das habe ich immer so gelernt und daher ist es wichtig, sich einzubringen. Nur so kann man das Leben und die Welt ein Stück besser machen. Als Rissener, als Altonaer, ist gerade der lokale Bezug mir besonders wichtig und macht Spaß!

Was ist ein wichtiges Projekt für dich in dieser Wahlperiode?

Gerade die Verkehrsberuhigung im Rissener Süden war mir immer ein wichtiges Anliegen. Ich freue mich, dass mit Unterstützung vieler das Ziel erreicht wurde und es 2018 endlich mit dem Umbau und der Umwidmung des Tinsdaler Heideweges und Kirchenweges losgehen kann.

Was machst du nach Feierabend?

Nach den abendlichen Sitzungen versuche ich, möglichst oft zum Sport zu gehen. Das ist das beste Rezept für einen guten Schlaf. Und ansonsten sitze ich in den roten Autos mit blauem Licht und bin zusammen mit meinen Kameradinnen und Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr für meine Mitmenschen in Notlagen da.



Gregor Werner

werner@spdfraktionaltona.de

Warum machst du Politik? Und warum genau in Altona?

Altona soll auch in der Zukunft ein friedvoller und lebenswerter Ort für viele Menschen sein. Altona soll eine Stadt ohne Ausgrenzung und Diskriminierung sein – so wie ich Altona als geborener Altonaer wahrnehme.

Was ist ein wichtiges Projekt für dich in dieser Wahlperiode?

Meine Hauptprojekte sind sicherlich die Mitte Altona und das Holstenquartier. Beide Projekte verkörpern sozialdemokratische Stadtentwicklung: Sie betonen die Historie des Ortes,

schaffen viele bezahlbare Wohnungen und stehen für eine Gesellschaft des Miteinanders.

Was machst du nach dem politischen Feierabend?

Neben meiner Tätigkeit als Abgeordneter besitze zwei weitere Professionen, zum einen bin Diplom-Ingenieur für Architektur und freiberuflich in Hamburg tätig und zum anderen arbeite ich als Rettungsassistent im Rettungsdienst im Landkreis Stormarn. Beides Tätigkeiten, die mir sehr viel Freude bereiten und ein guten Ausgleich zu meinem politischen Engagement darstellen.

IN DIESER UND IN DEN KOMMENDEN AUSGABEN DER ROTEN SEITEN STELLEN WIR UNSERE BEZIRKSABGEORDNETEN VOR!



Jahresausklang

Unsere Weihnachtsfeier

Traditionsgemäß haben wir uns auch dieses Jahr wieder zur Weihnachtsfeier der SPD-Bezirksfraktion Altona getroffen.

Denn wer viel arbeitet, der darf auch mal feiern. Bei Grünkohl und Pannfisch haben unsere Abgeordneten gemeinsam mit unseren zubenannten Bürgerinnen und Bürgern das politische Jahr

2017 nochmal Revue passieren lassen und dabei auch schon einen ersten Ausblick auf kommunalpolitische Themen, die uns im kommenden Jahr bewegen werden geworfen. Aber auch für das ein oder andere private Wort war Zeit bei diesem sehr netten geselliges Beisammensein in der Blauen Blume. Unser Dank gilt der Wirtin Karin Wege für einen schönen Abend!

Zu guter Letzt:

